

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Stand: 31.10.2013					
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführen d)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
4	Optimierung des Einsatzes von Dienstfahrzeugen	1	Dienstwagenbestand reduzieren; Benutzung privateigener PKW.	Dienstwagenbestand wurde auf Mindestmaß reduziert	erledigt (2013)
7	Abwicklung der Beschaffung für alle städt. Einrichtungen über Zentrale Beschaffungsstelle	1	Prüfung, inwieweit mit einer konsequenten zentralen Beschaffung für alle städtischen Einrichtungen ggf. gemeinsam mit Nachbarkommunen Kosteneinsparungen erzielt werden können.	Die Umsetzung erfolgt kontinuierlich als Daueraufgabe.	Daueraufgabe
10	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich „Ratspost“ und Amtsblatt	1	Bereich "Ratspost". Die Auflagenhöhe Ratsunterlagen soll von 140 auf 70 reduziert werden. Einsparungen: Papier = 1.100 €, Druck: 9.000,00 €, Porto = 7.000 €, insgesamt 17.100 €. Hinsichtlich öffentlicher Bekanntmachungen wird derzeit geprüft, ob durch eine andere Form der öffentlichen Bekanntmachung ggfls. Kosteneinsparungen von rd. 4.000 € zu erzielen sind.	Die Maßnahme wurde mit der Einführung von "Session" und der Konzeption "Schaufenster" umgesetzt. Ergänzend wird auch weiterhin an einer kontinuierlichen Reduzierung des Papierverbrauchs gearbeitet.	Daueraufgabe
11	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich Haushaltsplan	1	Reduzierung der Auflagenhöhe des Haushaltsplanentwurfs von bisher 160 auf 90. Einsparung: Papier = 200 €, Druckkosten 2.100 €, insgesamt 2.300 €	Durch die verstärkte Nutzung elektronischer Medien wird die Auflagenhöhe kontinuierlich reduziert.	Daueraufgabe
13	Privatisierung Gebäudemanagement	1	Unterliegt der pauschalen Annahme, dass Privatisierung Kostenersparnis bedeutet. Dies wäre fundiert zu belegen. In der Praxis haben sich solche Annahmen vielfach als Flop erwiesen. Insgesamt ist bei den Kommunen daher sogar eine Tendenz zur Rekommunalisierung v. Aufgaben zu erkennen. Richtig ist in jedem Fall eine Reduzierung der Aufgaben auf das "Kerngeschäft".	Prüfung wurde wegen fehlender Personalressourcen zunächst zurückgestellt.	offen
19	Vorgabe für Personalkostenreduzierung bzw. pauschale Personalreduzierung mit Aufgabenabbau: Einsparung von 5% des Stundenvolumens in allen Fachbereichen innerhalb eines Jahres als Einstieg in die nachhaltige Diskussion von Leistungsstandards	1	Bei Realisierung des gesamten 5 % Stundenpotenziales: 156.000 €, (Basis: Gesamstunden ohne Kiga/Hausmeister/Schulen = 393.700 Std./Jahr davon 5 v.H. = 19.685 Std. X Durchschnitt des Tarifs EG 8). Dient als Vorgabe für eine nachhaltige Diskussion im Rahmen Aufgabenkritik. Realisierung eher langfristig, aber sukzessive Umsetzung möglich.	Dauerhafte Umsetzung durch Wiederbesetzungssperren und Aufgabenkritik.	Daueraufgabe
24	externe Abwicklung der Beihilfebearbeitung	1	Übertragung der Bearbeitung der Beihilfe an die Rheinischen Versorgungskassen; die dadurch freigesetzten Personalkapazitäten werden durch konkrete Einsparung einer anderen Stelle im FB 1 eingespart. Die Personalkostenersparnis je Jahr beträgt 63.000 €. Die Kosten für die Berechnung der Beihilfe durch die RVK betragen je Jahr 11.000 €, verbleibt ein Nettoeinsparungen von 52.000 €/Jahr.	Für Versorgungsempfänger extern vergeben. Weitere Prüfung, inwieweit auch die Beihilfebearbeitung für das aktive Personal übertragen werden kann.	in Arbeit
25	Wiedereinführung von Prämien für Verbesserungsvorschläge	1	Vergütung anteilig der nachhaltig eingesparten Mittel. Ist mit Kommunalaufsicht abzustimmen, da Prämienzahlung eine freiwillige Leistung darstellt.	Der Entwurf einer Dienstvereinbarung befindet sich im Abstimmungsverfahren mit dem Personalrat.	in Arbeit

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
	Stand: 31.10.2013				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführen d)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
42	Übertragung der Verantwortung für Teile des Sachkostenbudgets auf Schulen, BJT, KITA bei gleichzeitiger Reduzierung des Volumens	2	Übertragung der Budgetverantwortung auf Fachkräfte in den städt. Einrichtungen incl. Schulen (keine städt. Bedienstete) unter Reduzierung des Personalaufwandes im Verwaltungsbereich Fb 4. In der Probephase wird eine 10 %ige Einsparung des zur Verfügung stehenden Sachkostenvolumens unterstellt. Sachkosten im BJT wurden im Rahmen des HSK bereits um 30 %, im Kita-Bereich um ca. 10 % gekürzt. Für den Etat der Schulen wurde seit vielen Jahren keine Preisanpassung berücksichtigt. Die bisherigen Ansätze werden im Rahmen des HSK bis zum Jahr 2012 bereits um 5 % gekürzt.	Ein Richtlinienentwurf ist verwaltungsseitig für den Bereich der Schulen abgestimmt und befindet sich im Rahmen eines Probetriebes seit dem 01.01.2013 in der Umsetzung. Entsprechende Regelungen für den Bereich der Kindertagesstätten stehen noch aus und sollen in Abhängigkeit von dem Ergebnis des Probetriebes in den Schulen entwickelt werden.	in Arbeit (II. Quartal 2014)
58	Optimierung Einnahmen Liegenschaften	6	Potential: Mit Hilfe des GIS wurden schon zahlreiche unentgeltlich okkupierte Liegenschaften identifiziert, für die sukzessive eine vertragliche und entgeltliche Regelung zu finden ist.	Aufgrund personeller Engpässe konnte die Maßnahme bisher nicht begonnen werden. Mit einer Verbesserung der Personalsituation wird ein schrittweiser Beginn in 2014 möglich sein. Sichtbare Effekte sind frühestens im Jahr 2015 zu erwarten.	Daueraufgabe
69	Integration des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV	7	Die möglichen Kosteneinsparungen der Stadt waren in früheren Jahren bereits sehr gering angesetzt worden, da ersatzweise Schülerfahrkarten ausgegeben werden müssen. Der Schülerspezialverkehr ist bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 vertraglich gebunden. Mit der RVK werden die Konditionen für eine mögliche Integration der Schülerbeförderung ausgelotet.	Der ASS hat den Bürgermeister beauftragt, eine komplette oder teilweise Übernahme des bisherigen Schülerspezialverkehrs zum Schuljahr 2014/2015 in den ÖPNV unter Berücksichtigung finanzieller und organisatorischer Aspekte sowie der ergänzenden Unterlagen der RVK zu prüfen. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, allerdings legen die Zwischenergebnisse die Vermutung nahe, dass eine wirtschaftliche Lösung zum Schuljahreswechsel 2014/2015 nicht gefunden werden kann.	in Arbeit (II. Quartal 2014)
73	Verkauf nicht zwingend erforderlicher Infrastrukturf Flächen	9	Veräußerung von nicht genutzten/erforderlichen Infrastrukturf lächen/Wirtschaftswegen (schätzungsweise 10.000€/a abnehmend) nach Feststellung und Anpassung.	Die für die Umsetzung des Vorschlages, der in der Priorität als nachrangig eingestuft wird, sind die erforderlichen Personalkapazitäten derzeit nicht vorhanden.	Daueraufgabe

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
	Stand: 31.10.2013				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
74	Beschränkung des Umfangs und der Dauer der Straßenbeleuchtung (z.B. Nachtabschaltung)	9	Nachtabschaltung zwischen 24.00 Uhr und 05.00Uhr als Komplettabschaltung bis auf sog. potentielle Gefahrstellen (Einmündungen, gefährliche Straßen und Stellen). Die Straßenbeleuchtungsanlage müsste hierzu teilweise modifiziert werden. Investitionsaufwand zur Umrüstung der Schaltanlagen erforderlich. Reduziert lediglich die Stromkosten. (Schätzungsweise um ca. 15.000€/a bei angenommener, möglicher Nachtabschaltung von rd. 30 % der Gesamtanlage; Investitionsaufwand im Umrüstungsjahr einmalig ca. doppelt so hoch wie die jährliche Stromersparung.	Konzeptionelle Überlegungen des Vertragspartners RWE AG liegen vor. Diese gehen von zwei Varianten aus. <u>Variante I</u> : Totalabschaltung (ca. 85% der Leuchtstellen) in der 2. Nachthälfte. <u>Variante II</u> : variable Halbnachtschaltung (ca. 40% der Leuchtstellen) in der 2. Nachthälfte. Einsparpotential Var. I rechn. ca. 39%, Var. II ca. 18% nach Umrüstung. Erforderliche Investition Stadt einmalig ca. 110.000 €. Hinweis RWE: Das Rückgängigmachen einer der o. a. Varianten verursacht erhebliche Kosten vergleichbar der Investition zur Einrichtung. Bei der Vertragsmodifizierung 2010 wurde ein Energieeffizienzprogramm vereinbart, das den Gesamtverbrauch um ca. 5% reduziert. Die Einsparpotenziale beider Varianten vermindern sich entsprechend. Die Anwendung der Variante II erfolgt seit 2010 sukzessive bei der Erneuerung und Neuerstellung von Leuchten im Stadtgebiet.	Daueraufgabe
76	Übernahme Straßenbeleuchtung	9	Bestehendes Vertragsverhältnis bis 31.12.2012; Ausschreibung ist zwingend erforderlich (Schwellenwert); Vergabe erfolgt nur an Bieter mit nachgewiesener Eignung, Ausrüstung, Fachkunde und Erfahrung. Ab 2013 ein Einsparpotential von mind. 50.000,-/Jahr (Grobkalkulation durch SBB, je nach Ausschreibung und Bieterteilnahme weniger - z.B. bei Vorgabe neuer Lampentechniken - oder auch deutlich mehr).	Beschluss des Rates vom 20.09.2012 (Vorlage Nr. 394/2012-9), die Erneuerung, die Instandhaltung und den Betrieb der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet zum 01.01.2013 auf den SBB AöR zu übertragen.	erledigt (2013)
79	Parkraumbewirtschaftung	9	Änderung des Grundsatzbeschlusses Rat erforderlich; Kosteninvestition für Planung, Bau und Unterhaltung bei Betreiben durch die Stadt; langfristig erhöhter Personalbedarf zur Kontrolle der Einhaltung der Auflagen sowie der StVO im unmittelbaren Parkbereichen sowie im weiteren Umfeld (Verdrängungsverkehr).	Die Erarbeitung eines Konzeptes zur Parkraumbewirtschaftung soll durch einen externen Verkehrsplaner erfolgen. Die Abstimmungen zur Auftragsvergabe erfolgen zur Zeit. Mit einer Auftragsvergabe und ersten Umsetzungsmaßnahmen ist im Haushaltsjahr 2014 zu rechnen.	in Arbeit (2014)
80	Baulandentwicklung nur bei mindestens kostendeckenden Entwicklungskosten (Planung, Erschließung, Folgekosten)	SBo	Ziel = kostendeckend;	Sukzessive Prüfung der potentiellen Entwicklungsflächen auf Eignung erfolgt laufend.	Daueraufgabe

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
	Stand: 31.10.2013				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführen d)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
81	Generierung von Einnahmen durch konsequentes Bodenmanagement und Folgekostenverträge	SBo	In Wert setzen von städt. Liegenschaften durch Nutzungsänderung.	Verträge Vermarktung Bayerstr. Hersel abgeschlossen. Bei planungsrechtlicher Umsetzbarkeit 1,5 Mio. Euro Einnahmen generiert. Weitere Projekte in Arbeit.	Daueraufgabe
83	Hohe Anforderungen an die Begründung von Flächenbedarf und einheitliche Maßstäbe vorgeben. S. auch Hinweise des GPA zu Lebenszykluskostenberechnungen und Flächenmanagement	4	Vermeidung von Investitionen zur Befriedigung von Bedarf, der im Verhältnis zur Lebensdauer v. Gebäuden (GND 80 Jahre) nur für einen kurzen Zeitraum besteht. Einsparung der Investitions- und der Betriebskosten ab 2014, Bedarf für Turnhallenerweiterung muss geprüft werden.	Wird in die Gestaltung der Schulentwicklungs- und Kindergartenbedarfsplanung eingebunden (laufend).	Daueraufgabe
96	Verzicht auf geplante "OT Sechtem"	4	Alternative: Erarbeitung eines Konzeptes, mit dem Ziel durch Kooperation Streetwork, Jugendbus und ev. Kirche Hersel ein zusätzliches Angebot am Wochenende zu schaffen.	Das Konzept konnte zwischenzeitlich mit der kath. Jugendagentur Bonn umgesetzt werden.	erledigt (2013)
108	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung , Reduzierung, Aufgabenübertragung	10	Zusammenlegung Schulbücherei/Mediothek AvH-Gymnasium mit Stadtbücherei: im AvH vorhandene Fläche nicht ausreichend für beide - unterschiedlichen - Bestände. => Neubau erforderlich oder sehr starke Reduzierung des Medienbestandes, Mietvertrag Bücherei läuft bis Sommer 2014 (kein Sonderkündigungsrecht), Software nicht einheitlich angewendet. Synergieeffekt Personal möglich.	Der SKA hat in seiner Sitzung am 05.06.2013 mit Vorlage Nr. 278/2013-10 das Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtbücherei beschlossen, welches nunmehr umgesetzt wird.	erledigt (2013)
109	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung, Reduzierung , Aufgabenübertragung (Öffnungszeiten)	10	rechnerisch: 1 Öffnungsstunde ≈ 4,72 Personalstunden, 20 Öffnungsstunden für Anerkennung Land erforderlich. Reduzierung durch Umsetzung (keine Auswirkung auf GesamtHH) oder freiwilligen Verzicht auf Stundendeputat. Auswirkungen abhängig von Ausleihzahlen.	Der SKA hat in seiner Sitzung am 05.06.2013 mit Vorlage Nr. 278/2013-10 das Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtbücherei beschlossen, welches nunmehr umgesetzt wird.	erledigt (2013)
110	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung, Reduzierung , Aufgabenübertragung (Personal)	10	Personaleinsparung = Verringerung der Öffnungszeiten bzw. der Serviceangebote	Der SKA hat in seiner Sitzung am 05.06.2013 mit Vorlage Nr. 278/2013-10 das Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtbücherei beschlossen, welches nunmehr umgesetzt wird.	erledigt (2013)
111	Öffnungszeiten der kommunalen Büchereien stärker an der Nachfrage ausrichten.	10	Ohne Veränderung des Aufwands Gewinn neuer Leser/innen und Merheinnahme Gebühren möglich. Nicht kalkulierbar.	Der SKA hat in seiner Sitzung am 05.06.2013 mit Vorlage Nr. 278/2013-10 das Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtbücherei beschlossen, welches nunmehr umgesetzt wird.	erledigt (2013)

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Stand: 31.10.2013					
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
112	Übertragung von Aufgaben an andere Träger (bzw. Verstärkung Kooperation)	10	Kooperation bereits umgesetzt, z.B. Familienzentren, Kindertageseinrichtungen, FB 4, Malteser, Alanus-Hochschule. Übertragung der Aufgaben an Kreis nach WbG möglich gegen Kostenerstattung, Übertragung an freie Träger nicht zulässig, Fusion mit anderen VHS	Keine der umliegenden Volkshochschulen ist an einer Fusion mit der VHS Bornheim/Alfter interessiert. Der Rhein-Sieg-Kreis betreibt keine eigene VHS, so dass bei einer Aufgabenübertragung an den Kreis keine Synergieeffekte zu erzielen wären. Die Kosten für die Volkshochschule wären weiterhin von der Stadt Bornheim zu tragen, ohne dass sie Einfluss auf Angebot und Personalbemessung hätte.	erledigt (2013)
117	Anstelle einer Jahresgebühr einen Dauervertrag mit Kündigungsmöglichkeit anbieten.	10	Mit EDV-Unterstützung (Einzugsverfahren) realisierbar. Vorteile sind Einsparung von Verwaltungsaufwand und bessere Planbarkeit der Einnahmen	Die Software Bibliotheca bietet weder die Möglichkeit, die Benutzungsgebühr automatisiert in einem Lastschriftverfahren einzuziehen noch die Ablaufdaten einer Jahresgebühr für eine manuelle Veranlassung des Lastschriftverfahrens abzurufen. Hinzu kommt, dass der Aufwand für das Einzugsverfahren ab 01.02.14 (SEPA, Mandatsverwaltung, prenotification) deutlich arbeitsintensiver wäre. Die Umsetzung der Maßnahme ist nicht möglich.	erledigt (2013)
122	Verkauf Freilandfläche Schwimmbad	6	Kein Einsparpotential, da die durchschnittlichen Einnahmen für die Freibadbesucher den Pflegeaufwand für die Wiese und die vorhandenen Aufbauten decken. Einmalig ca. 1.500.000,- bei einem Verkauf der Flächen (ca. 18.000 m²) zu Bebauungszwecken	Einerseits ist die Nutzung einer Teilfläche für den Neubau der Kindertagesstätte Sekundastraße vorgesehen. Andererseits werden derzeit die Vorbereitungen für konkrete Verhandlungen mit dem potentiellen Käufer getroffen.	in Arbeit (1. Halbjahr 2014)
125	Senkung Energie,- Ver- und Entsorgungskosten durch Optimierung der Infrastruktur und Beeinflussung des Nutzerverhaltens	SBB		Hinsichtlich der energetischen Sanierungsmaßnahmen im HFB werden in 2012 nur konzeptionelle Überlegungen unter Einbeziehung der Energieberatung erstellt. Konkrete bauliche Maßnahmen können auch mit Blick auf mögliche steuerliche Effekte erst geplant und umgesetzt werden, wenn die "Eigentumsfrage" abschließend geklärt ist. Insofern werden sich bis dahin auch keine konkreten Konsolidierungsbeiträge daraus ergeben.	Daueraufgabe

Konsolidierungsliste -konsumtiv-		Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
	Stand: 31.10.2013				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	FB (federführen d)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	5	10	21	22
130	Prüfung zur Einrichtung eines sog. Cash-Pools der Stadt mit den verselbstständigten Aufgabenbereichen	2	Die Einrichtung eines solchen Cash-Pools könnte im Hinblick auf die Reduzierung von Zinsaufwand/-auszahlung sinnvoll sein.	Die Prüfung ist zurückgestellt bis die Aufgabenübertragung der Wasserver- und Abwasserentsorgung auf den SBB AöR abgeschlossen und im Rechnungswesen umgesetzt worden ist.	offen (2014)
134	Prüfung, ob sog. "Bettensteuer" erhoben werden kann	2	Mit der Erhebung solcher Steuern kann die städtische Ertrags- und Liquiditätssituation verbessert werden.	Die Prüfung ist abgeschlossen; ein entsprechender Vermerk des FB 2 liegt vor. Eine Mitteilungsvorlage an den HFWA ist erstellt und in der Sitzung am 28.02.2013 zur Kenntnis genommen worden.	erledigt (2013)
135	Optimierung des Anlagevermögens	2	Entwicklung von Strategien zur Reduzierung von Abschreibungsaufwendungen bei gleichzeitigem Vermögenserhalt.	Strategieentwicklung erfolgt nach Umsetzung der geänderten Aufbauorganisation des FB 2 im Zuge eines Optimierungsprojektes.	Daueraufgabe
136	Optimierung Forderungsmanagement	2	Entwicklung von Strategien zur Sicherstellung der kaufmännischen Erfassung von Forderungen und deren zeitnahe Realisierung.	Strategieentwicklung erfolgt nach Umsetzung der geänderten Aufbauorganisation des FB 2 im Zuge eines Optimierungsprojektes.	Daueraufgabe
138	Reduzierung von gebäudewirtschaftlichem Aufwand	6	Erstellung eines Konzeptes mit dem Ziel, den gebäudewirtschaftlichen Aufwand zu reduzieren.	Kontinuierliche Prüfung, inwieweit Instandhaltungsaufträge durch eigene Ressourcen durchgeführt werden können, durch eine interne Arbeitsgruppe.	Daueraufgabe